

Wahrheit – Lüge – Fake News – alternativlos!

Autor: Wilhelm Fischer

Als Menschen des 20-ten und 21-ten Jahrhundert durften wir in Europa seit mehr als 70 Jahren in Frieden leben. Dabei unterstellen wir uns gegenseitig zivilisiertes Verhalten und humanitäres Denken.

Seit Donald Trump aber mussten unserer Generation wegen seiner Denk- und Handlungsweise doch erhebliche Zweifel darankommen.

Und jetzt erleben wir die nächste Eskalationsstufe der Lügenspirale, den mörderischen Krieg in der Ukraine, aufgebaut auf Manipulation und staatlich gesteuerter Propaganda.

Wir müssen machtlos dem Sterben, dem Leiden der Menschen, den Gräueltaten und der Zerstörung zusehen.

Und die Menschenverachtung wird noch einmal gesteigert, indem selbst dem russischen Volk die Wahrheit über diesen Krieg verschwiegen wird, der als eine militärische Sonderaktion gegen Nazis und Faschismus inszeniert wird.

Die staatliche Propaganda ist die eine Seite – mit den Lügen zur Werbung in eigener Sache sind wir seit Trumps Fake News vertraut – aber jegliche freie Meinungsäußerung mit Gewalt zu unterdrücken und die Nennung der Wahrheit mit mehreren Jahren Lagerhaft zu bedrohen ist unerträglich.

Selbst der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche Kyrill I. rechtfertigt diesen Krieg und stellt sich damit an die Seite eines mörderischen Präsidenten und neben das Christentum.

Obwohl uns das Alles nicht neu ist, aber verstörend ist es dennoch.

Was passiert, wenn ein machtbesessener Mensch wie Donald Trump, seine Wahlniederlage – im Übrigen bis heute – nicht eingestehen will, sieht man am Sturm auf das Kapitol. Dass sich Trump bis heute dafür nicht verantworten musste, zeigt uns deutlich, dass die Verbreitung von Fake News offensichtlich kein ahndungswürdiges Vergehen ist.

Befinden wir uns erst seitdem in einer Eskalationsspirale, haben wir in der Vergangenheit nicht genau hingesehen oder waren wir sogar blind?

Darf man „Lügen“ und „Fake News“ als freie Meinungsäußerung legitimieren? Mit dieser Frage komme ich zur Politik in Deutschland.

„Politik“ bezeichnet die Strukturen, Prozesse und Inhalte zur Führung eines Gemeinwesens – also Staates – durch verbindliche und auf **Macht** beruhende Entscheidungen.

Das alles entscheidende Wort ist dabei „Macht“. Offensichtlich glauben Politiker, aufgrund des Willens zur Erhaltung ihrer und der Macht der Partei, sei Alles – sagen wir einmal vorsichtig auch die Unwahrheit – erlaubt.

Dazu einige Beispiele, die Ihnen bekannt sind und uns Rentner und Betriebsrentner in erster Linie betreffen.

Mit dem **Gesundheitsmodernisierungsgesetz** – schon die Bezeichnung ist eine Lüge – von 2004 unter der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) wurde zur finanziellen Rettung der gesetzlichen Krankenversicherungen die KV-Beiträge auf Betriebsrenten um den Arbeitgeberanteil aufgestockt – **auch für Betriebsrenten aus Alt-Verträgen**.

Sämtliche Proteste dagegen wurden von einer willfährigen Gesetzgebung abgeblockt, obwohl dies doch eindeutig eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gewesen wäre.

Oder als dann Gesundheitsminister (heute Ex-) Jens Spahn die KV-Beiträge auf Betriebsrenten halbieren wollte, meinte die Bundeskanzlerin (heute Ex-): „Das geht nicht!“

Die Folge ist ein gesetzgeberischer Murks, der die Privatversicherten und Riester-Rentner besserstellt und die gesetzlich bzw. freiwillig gesetzlich Versicherten benachteiligt.

Ein weiteres Thema, das sich über die Jahre durch unsere Aktivitäten zieht, sind die Versicherungsfremden Leistungen. Eine Anfrage im Ministerium für Arbeit und Soziales hatte die Antwort zur Folge: „Die Bundesregierung könne den Umfang der versicherungsfremden Leistungen nicht ermitteln...“

Wie praktisch – Ist das nun Lüge, Unvermögen oder Verweigerung?

Mehrere gesetzgeberische Eingriffe der letzten Jahre in das Betriebsrentenrecht hatten nie den Zweck, den Betriebsrentner aufgrund der EZB-Nullzins-Politik besser zu stellen, sondern dienten ausschließlich der

Versicherungswirtschaft, die natürlich genau wegen dieser Politik in Schieflage geraten war.

Der Grundsatz der Vertragstreue im Zivil- und Völkerrecht, dass Verträge zu bedienen sind, ist für uns Betriebsrentner leider nicht durchsetzbar.

Letztes Beispiel – Energiepauschale – die Rentner wurden stillschweigend vergessen.

Wir haben an den Minister für Arbeit und Soziales, Herrn Hubertus Heil geschrieben und ihn daran erinnert, dass auch uns Rentner ein Recht auf soziale Teilhabe zusteht.

Ob wir uns das leisten können, fragt offensichtlich kein Politiker. Antwort haben wir bis heute keine erhalten.

Zum Schluss noch einen Wunsch. Wenn die Politik seit Jahren zu viel für „alternativlos“ erklärt, sollten wir nicht dem „Ohnmachtsgefühl“ gegenüber der Politik nachgeben, sondern wir sollten weiter debattieren und uns wehren, denn noch nie war es in unserem Land so einfach, seine Meinung kundzutun.

Dennoch ist es jetzt an der Zeit, die Vorstandsarbeit nach 10 Jahren – also 2023 – in jüngere Hände zu legen. Ansonsten wäre die Auflösung des Vereins „alternativlos“.